



Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses

Bahnpolitisches Konzept der Landesregierung für das Land Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/971

Der oben genannte Antrag Drucksache 15/971 wurde dem Wirtschaftsausschuss durch Plenarbeschluss am 31. Mai 2001 zur Beratung überwiesen.

Der Wirtschaftsausschuss hat sich mit der Vorlage in seiner Sitzung am 27. Juni d.J. befasst und empfiehlt dem Plenum des Landtages einstimmig, den Antrag in folgender Fassung anzunehmen:

„Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in der **15.** Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages ihr bahnpolitisches Konzept **schriftlich** darzulegen. Dabei sind folgende Fragen zu beantworten:

- a) Welchen Einfluss haben die Einschränkungsentscheidungen der DB AG auf den Personenfernverkehr in und durch Schleswig-Holstein?
- b) Welche Maßnahmen denkt die Landesregierung einzuleiten, um den Ausfall an Zugleistungen zu kompensieren?
- c) Wie will die Landesregierung diese Ausgleichsbelastungen in den nächsten Jahren finanzieren?
- d) Welche ‘Cargo-Anlieferpunkte’ werden von der DB AG nicht mehr bedient?

e) Wie sollen diese Anlieferstellen dennoch bedient werden und welche der Anlieferpunkte werden nach den derzeit seit Januar 2001 laufenden Gesprächen eingestellt?
Wie wird das Land den Weiterbetrieb der Nebenstrecken und Anschlussgleise sicherstellen?

f) Wie interpretiert die Landesregierung den Artikel 87 e Abs. 4 GG im Hinblick auf den Gewährleistungsauftrag der Bundesregierung in Anbetracht der Kürzungen der Verkehrsleistungen durch die DB AG?

g) Aus welchen Mitteln will die Landesregierung weitere Streckenausbauten und Betriebskosten finanzieren?

h) Wann werden weitere Strecken ausgeschrieben und warum wurden bisher außer der Strecke Neumünster – Segeberg in 2001 keine Ausschreibungen vorgenommen?

i) Welche Realisierungszeitpunkte sieht die Landesregierung für ihre Anmeldungen, die Strecken Lübeck – Hamburg, Lübeck – Puttgarden, Hamburg – Westerland, Kiel – Lübeck zu elektrifizieren?

j) Wie sieht die Landesregierung die Chancen für den Bestand der Regionalisierungsmittel und wie rechtfertigt sie diese Einstellung?

k) Wie würde sich die Einführung einer Straßenmaut für Güterverkehr auf den Schienengüterverkehr auswirken?“

Roswitha Strauß

Vorsitzende